



# LITIK

## »Solche Kabel«: Schlagabtausch ums Klima im Parlament

Rot gegen Grün – Kogler sieht Versagen von Vorgängerregierungen

**Beim Klima-Thema flogen gestern im Parlament die Fetzen. Rendi schoss sich auf Grüne ein.**  
Wien. Beim Wahlkampf-Schlager Klima ging es am Mittwoch auch in der ersten regulären Sitzung des neu gewählten Nationalrats rund: Umweltministerin Maria Patek stand unter Beschuss wegen ihres Entwurfs zum Nationalen Energie- und Klimaplan. Ein Entschließungsantrag fordert jetzt Nachbesserungen.

Indes trugen die Fraktionen untereinander ihre eigenen Klima-Kämpfe aus: So stieß etwa den Neos das Wording der Türkisen sauer auf. Wenn die ÖVP in dieser Frage mit dem Hausverband argumentiere und die Naturwissenschaft nicht berücksichtige, „da krieg ich wirklich solche Kabel“, zeigte sich der pinke Abgeordnete Michael Bernhard erbost. Die SPÖ schoss sich derweil auf die Grünen ein: Sie brachte, wie angekündigt,

Anträge zu Klimaschutz-Milliarden, Lkw-Maut und Öffi-Tickets ein – bei denen die Grünen nicht mitstimmten. „Vertagungen retten kein Klima“, ärgerte sich Pamela Rendi-Wagner, und warf den Ökos vor, aus Rücksicht auf die ÖVP zu handeln. Grünen-Chef Werner Kogler drehte den Spieß um und ortete „ein kolossales Versagen mehrerer Vorgängerregierungen“. Er sei zudem für ein Gesamtpaket statt einzelner Maßnahmen.

Nepp: »Gab bisher keine Auffälligkeiten«

## Spesen-Affäre: Prüfung durch die FPÖ ist beendet

**Die von der FPÖ veranlasste Überprüfung der Strache-Spesen ist abgeschlossen.**  
Wien. Die Prüfung jener Belege, die der ehemalige FPÖ-Parteichef Heinz-Christian Strache als Spesen mit der Wiener FPÖ abgerechnet hat, ist abgeschlossen, berichtete Wiens FPÖ-Landesparteiobmann Dominik Nepp gegen-

über ÖSTERREICH: „Das ist bereits alles beendet“, so Nepp. Die Abrechnungen, die Strache in der Vergangenheit eingereicht hat, ließ die FPÖ von einem externen Wirtschaftsprüfer kontrollieren. Dies war nach Vorwürfen über Unregelmäßigkeiten notwendig geworden. Nepp zu ÖSTERREICH: „Bis jetzt



FPÖ-Wien-Chef Dominik Nepp.

gibt es aber keine Belege, die auf irgendwelche Malversationen auf unserer Seite hindeuten.“ Das ändert freilich nichts an den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Wien gegen das Ehepaar Strache in der Causa. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Tirol-Chef Dornauer tobt wegen »Nein«

## SPÖ: Interner Zoff wegen Mautbefreiung

**Die Vignettenbefreiung für fünf Autobahnstrecken kommt – gegen den Willen der SPÖ.**

Wien. Der Nationalrat hat am Mittwoch gegen die Stimmen der SPÖ Mautausnahmen für fünf Autobahnabschnitte beschlossen. Damit sollen Regionen, die besonders von Ausweichverkehr betroffen sind, entlastet werden. Die Roten hatten sich zuvor darüber geärgert, dass die Grünen bei dem ÖVP-Antrag mitgingen. Jetzt steht die SPÖ-Spitze in



Dornauer schießt gegen Rendi.

der Debatte selbst unter Beschuss – und zwar aus den eigenen Reihen. Tirols SP-Chef Georg Dornauer ärgert sich über das „Nein“ seiner Genossen zur Vignettenbefreiung und erklärt in der TT: „Ich habe in Wien mitgeteilt, dass ich das so nicht mittragen kann.“ Die Entscheidung sei „schwer nachvollziehbar“.

POLITIK IN KÜRZE

### Die Ibiza-Aufdecker dozieren an Uni Wien

Wien. Jene Journalisten der „Süddeutschen Zeitung“, die über das folgenreiche Ibiza-Video berichteten, dürfen nun an der Uni Wien unterrichten. Bastian Obermayer und Frederik Obermaier übernehmen die Theodor-Herzl-Dozentur und sprechen am 2., 9. und 16. Dezember zum Thema „Enthüllungsjournalismus – was steckt dahinter?“ im Audimax.



APA, Wolk, Fellner, Singer

## Politik-Insider

ISABELLE DANIEL



Steffi Krisper deckte BVT-Misstände in Kickl-Zeit auf.

## Ermittler wollten Handy von Neos-Mandatarin sicherstellen

**NEUER FALL** Die Daten von Mandatarin – noch dazu von solchen, die über sensible Materien recherchieren – stehen in einem Rechtsstaat unter besonderem Schutz. Umso bemerkenswerter ist das Ansinnen, das Handy einer Mandatarin „sicherzustellen“.

Genau das ist allerdings passiert: Im Mai – noch vor dem Platzen der türkis-blauen Koalition – erhielt die Staatsanwaltschaft Wien eine „Anregung“ des BAK – Bundesamt für Korruptionsbekämpfung im Innenministerium –, das Handy von Neos-Mandatarin Stephanie Krisper zu beschlagnahmen. Die Staatsanwaltschaft lehnte die „Anregung“ ab. Das Innenministerium bestätigt diese Recherchen von ÖSTERREICH nun, auch der Standard berichtet.

Das Innenministerium erklärt ÖSTERREICH, dass das BAK sage, dass „das nicht auf Betreiben des BVT passiert“ sei. Recherchen zeigen allerdings, dass die Erst-Anregung zu diesem ungewöhnlichen Ansuchen aus dem Verfassungsschutz – genauer gesagt aus dem Umfeld von BVT-Vizedirektor Dominik Fasching

– gekommen sei.

Die betroffene Neos-Mandatarin – sie geriet als Aufdeckerin im U-Ausschuss über den Verfassungsschutz ins Visier – reagiert auf ÖSTERREICH-Anfrage entsetzt: „Das BVT wollte das Handy einer Abgeordneten beschlagnahmen. Gerade das Handy einer Abgeordneten, die sich um Aufklärung der Kickl'schen Macheschaften bemühte. Was ist das für ein Innenministerium gewesen unter Herbert Kickl? Ohne Stopp der Justiz wäre das wohl nicht einmal eine Nationalratsabgeordnete sicher gewesen, die ihre Aussage zum Schutz ihrer Quellen verweigern kann.“

### Krisper: »BVT wollte wohl Aufklärung verhindern«

Sicher ist jedenfalls, dass das Innenministerium und das BVT bereits im Frühjahr ermitteln wollten, woher Krisper ihr „Insiderwissen“ über die Zustände im BVT gehabt habe – also wer die „Maulwürfe“ im BVT seien.

Der Verdacht von Krisper: Genau diese Quellen „wollte man wohl über die Auswertung des Handys finden und damit auch weitere Aufklärung verhindern. Nicht mit uns.“

Ihm droht Auslieferung

## Kickl: Parteien prüfen Immunität

**Die Staatsanwaltschaft Graz will gegen Herbert Kickl wegen Verhetzung ermitteln.**

Wien. „Eine „Triple-A-Bewertung“ für Flüchtlinge: „Aggressive afghanische Asylwerber“ – Aussagen wie diese von der Parteitagrede am 14. September in Graz könnten FP-Klubchef Herbert Kickl nun Ermittlungen wegen Verhetzung einbringen. Allerdings nur, wenn der Nationalrat ihn ausliefert. Über die Aufhebung der parlamentarischen Immunität des Blauen, für den die Unschuldsvermutung

gilt, berät Anfang Dezember der zuständige Ausschuss.

Die FPÖ will dagegen stimmen, alle anderen Parteien lassen die Sache derzeit prüfen. Denn die entscheidende Frage lautet, erklärt Parlamentsexperte Werner Zögeritz, ob ein Zusammenhang mit seiner parlamentarischen Tätigkeit besteht. Er geht davon aus, dass der Immunitätsausschuss einen solchen feststellen wird. Und: „Wenn die bisherige Praxis beibehalten wird, gehe ich nicht davon aus, dass man ihn ausliefert.“



FPÖ-Klubchef H. Kickl.